

**GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN  
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION  
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2022/201191]

**23. DEZEMBER 2021 — Erlass der Regierung zur Einführung eines Bezuschussungssystems für Pilotprojekte der Gemeinden im Rahmen der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplan**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1993 über die Förderung der rationellen Energienutzung, der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien, Artikel 7 und 8;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 9. Juli 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 15. Juli 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Wohnungswesen und Energie vom 13. September 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 193/2021 der Datenschutzbehörde vom 25. Oktober 2021;

Aufgrund des Begutachtungsantrags innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, welcher dem Staatsrat am 18. November 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 vorgelegt wurde;

In Erwägung, dass das Gutachten nicht innerhalb dieser Frist mitgeteilt wurde;

Aufgrund des Artikels 84 § 4 Absatz 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973;

In der Erwägung, dass sowohl die neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets als auch die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst dem Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie beigetreten sind und demzufolge einen integrierten Energie- und Klimaplan erstellt haben; dass dieser Plan zum Ziel hat, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 % zu reduzieren sowie Handlungsansätze für Klimaschutz und Klimaanpassung einzuführen; dass die Deutschsprachige Gemeinschaft, zur Umsetzung dieses Energie- und Klimaplanes und zur Erreichung seiner Ziele, die Gemeinden unter gewissen zu erfüllenden Bedingungen fördern möchte;

Auf Vorschlag des für die Energie zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

*KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Integrierter Energie- und Klimaplan: Gesamtheit der durch die Gemeinden aufgestellten Pilotprojekte, die als Ziel haben, entweder auf den Verbrauch und die Produktion von Energie, auf die Fortbewegungsmittel, oder auf die Fragen der Anpassung an den Klimawandel, zu wirken. Sie haben ebenfalls die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen als übergeordnetes Ziel;

2. Pilotprojekte: Projekte, die von den anderen Zuschussystemen der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Energiebereich abgegrenzt werden, ein klar definiertes Ziel haben und einen begrenzten Projektzeitraum von höchstens 2 Jahren besitzen;

3. Gemeindeübergreifendes Pilotprojekt: durch zwei oder mehrere Gemeinden gemeinsam durchgeführtes Pilotprojekt;

4. Investitionsausgabe: durch die Gemeinde erworbene Ausstattung und Ausrüstung zur Energieeinsparung;

5. Tool Klimaschutzplaner: Online-Tool, in welchem die Gemeinden den Umsetzungsstand ihrer Aktionen im Rahmen des integrierten Energie- und Klimaplanes eingeben können;

6. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;

7. Verwaltung: der für die Standortentwicklung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

*KAPITEL 2 — Zuschüsse für Pilotprojekte der Gemeinden für die Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplanes*

*Abschnitt 1 — Anwendungsbereich*

**Art. 2** - Zuschussberechtigt sind die Gemeinden, die über einen integrierten Energie- und Klimaplan verfügen und diesen umsetzen möchten.

Soweit möglich bevorzugen die Gemeinden die Durchführung von gemeindeübergreifenden Pilotprojekten.

**Art. 3 - § 1** - Unter den im vorliegenden Erlass vorgesehenen Bedingungen und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung:

1. einer Gemeinde Zuschüsse im Hinblick auf die Umsetzung von Pilotprojekten für die Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplanes gewähren;

2. falls die Umsetzung des Pilotprojekts gemeindeübergreifend ist, den an dem Pilotprojekt beteiligten Gemeinden Zuschüsse im Hinblick auf die Umsetzung von Pilotprojekten für die Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplanes gewähren.

§ 2 - Für dieselben Pilotprojekte können die aufgrund des vorliegenden Erlasses gewährten Zuschüsse nur ein einziges Mal gewährt und nicht mit einer anderen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährten Beihilfe kumuliert werden.

Eine Ausnahme hierzu bilden Folgeprojekte, die zu einer Projekterweiterung oder Projektvertiefung führen insofern hierdurch ein begründeter Mehrwert entsteht. Diese Projekte können einen weiteren Zuschuss erhalten, der nicht mit anderen Zuschüssen der Deutschsprachigen Gemeinschaft kumuliert werden kann.

Die aufgrund des vorliegenden Erlasses gewährten Zuschüsse können, gegebenenfalls unter Rückgriff auf eine Kofinanzierung, mit anderen Zuschüssen oder Beihilfen anderer Behörden kumuliert werden. Diese Zuschüsse werden von den Gesamtkosten abgezogen, ehe die aufgrund des vorliegenden Erlasses gewährten Zuschüsse berechnet werden.

#### *Abschnitt 2 — Förderfähige Pilotprojekte*

##### *Unterabschnitt 1 — Personal- und Funktionskosten*

**Art. 4 - § 1** - Zur Konzeption und Umsetzung von gemeindespezifischen oder gemeindeübergreifenden Pilotprojekten in den Handlungsfeldern des integrierten Energie- und Klimaplanes können Personal- und Funktionskosten der Gemeinden zur Durchführung folgender Maßnahmen und im Hinblick auf ihre Bezuschussung berücksichtigt werden:

1. Studien;
2. Erstellung von Konzepten;
3. Entwicklung von Tools und/oder Monitoringinstrumenten;
4. Sensibilisierungsaktionen;
5. Weiterbildungsmaßnahmen;
6. Koordination, Ausarbeitung und Weiterentwicklung von gemeindespezifischen Aktionsplänen.

§ 2 - Die förderfähigen Personal- und Funktionskosten sind:

1. die brutto Gehaltskosten;
2. die Büro- und Verwaltungsausgaben und die Funktionskosten, darunter Büroausstattung, Fahrtkosten und Mieten, pauschalisiert auf 15 % der Gehaltskosten;
3. die Sensibilisierungs- und Kommunikationskosten;
4. die Kosten für externe Dienstleister und Berater.

**Art. 5** - Die Konzeption und Umsetzung der in Artikel 4 § 1 erwähnten gemeindespezifischen oder gemeindeübergreifenden Pilotprojekte haben eine maximale Laufzeit von zwei Jahren.

**Art. 6** - Der Betrag des jährlichen Zuschusses beträgt je Antrag höchstens 30.000 EUR pro Gemeinde.

Allein die genehmigten Kosten, die ab dem 1. Januar 2022 anfallen, sind annehmbar.

##### *Unterabschnitt 2 — Investitionsausgaben zur Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplanes*

**Art. 7 - § 1** - Insbesondere für die folgenden gemeindespezifischen oder gemeindeübergreifenden Investitionsausgaben im Bereich der erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Mobilität kann ein Zuschuss gewährt werden:

1. Erneuerbare Wärme:
  - a) Plattform zur Trocknung, Lagerung und Verteilung von Biomasse-Brennstoff;
  - b) Wärmepumpe zur Wärme- und Kaltrückgewinnung aus Abwasser;
  - c) Ausrüstungs- und Ausstattungskosten im Rahmen der Hackschnitzelgewinnung
2. Nachhaltige Mobilität:
  - a) Ladesäulen für Elektrofahrzeuge;
  - b) Ladesäulen für Elektrofahrräder;
  - c) Intelligente Beleuchtung für die sanfte Mobilität;
  - d) Fahrradabstellanlagen;
  - e) E-Bike sharing Infrastruktur.

§ 2 - Im Rahmen von gemeindespezifischen Pilotprojekten tätigt die Gemeinde die Investitionsausgaben ausschließlich:

1. auf den in Artikel 12 des Dekrets zur Infrastruktur vom 18. März 2002 erwähnten Immobilien oder Grundstücken der Gemeinde, einschließlich des privaten Eigentums der Gemeinde, das der Öffentlichkeit zugänglich ist;

2. auf dem Eigentum ihres öffentlichen Sozialhilfeszentrums, unter der Voraussetzung, dass letzteres eine entsprechende Einverständniserklärung ausgestellt hat.

Im Rahmen von gemeindeübergreifenden Pilotprojekten tätigen die beteiligten Gemeinden die Investitionsausgaben ausschließlich:

1. auf den in Artikel 12 des Dekrets zur Infrastruktur vom 18. März 2002 erwähnten Immobilien oder Grundstücken der beteiligten Gemeinden, einschließlich des privaten Eigentums der beteiligten Gemeinden, das der Öffentlichkeit zugänglich ist;

2. auf dem Eigentum der öffentlichen Sozialhilfezentren der beteiligten Gemeinden, unter der Voraussetzung, dass letztere eine entsprechende Einverständniserklärung ausgestellt haben.

§ 3 - Um einen Zuschuss für Investitionsausgaben zur Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplan erhalten zu können, erfüllen die Gemeinden die in Artikel 4 § 1, 5 Absatz 1, 6, und 13 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur erwähnten Bedingungen.

Um einen Zuschuss für Investitionsausgaben im Bereich der nachhaltigen Mobilität erhalten zu können, müssen die durch die Gemeinden getätigten Investitionsausgaben der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

**Art. 8** - Die Konzeption und Umsetzung der in Artikel 7 § 1 erwähnten Investitionsausgaben werden innerhalb einer Frist von zwei Jahren durchgeführt.

**Art. 9** - Die Investitionsausgaben werden in Höhe von 80 % der annehmbaren Ausgaben bezuschusst.

Die jährlichen Zuschüsse pro Gemeinde betragen:

1. für Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von weniger als 9.000 Einwohnern mindestens 2.500 EUR und höchstens 75.000 EUR.

2. für Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von mindestens 9.000 Einwohnern mindestens 2.500 EUR und höchstens 125.000 EUR;

Allein die genehmigten Kosten, die ab dem 1. Januar 2022 anfallen, sind annehmbar.

**Art. 10** - Die in Artikel 9 erwähnten bezuschussten Investitionsausgaben im Rahmen der Pilotprojekte werden gegebenenfalls in Höhe der durch die Umsetzung dieser Pilotprojekte erzielten Einnahmen abgezogen.

### *Abschnitt 3 — Antragsverfahren*

**Art. 11** - § 1 - Die Gemeinden reichen bis zum 1. Januar bzw. 1. Juni eines jeden Jahres ihre Zuschussanträge anhand eines entsprechenden Formulars bei der Verwaltung ein.

Der Zuschussantrag enthält folgende Informationen:

1. Art und Umfang des Pilotprojektes;
2. Identifizierung der Gemeinde;
3. Kontaktangaben des für das Pilotprojekt Verantwortlichen in der Gemeinde;
4. Kontonummer der Gemeinde;
5. Beschreibung des zu bezuschussenden Pilotprojekts, die unter anderem eine klare Verknüpfung zur Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplan darlegt;
6. Beschreibung des betroffenen Maßnahmenpakets aus dem integrierten Energie- und Klimaplan sowie Beitrag zur Umsetzung des Plans;
7. Kosten- und Finanzierungsplan des Pilotprojekts und Höhe des beantragten Zuschusses;
8. Umsetzungszeitraum;
9. Übersicht der Pilotprojektpartner und, falls das Pilotprojekt individuell für eine Gemeinde ist, die Begründung warum das Pilotprojekt nicht gemeindeübergreifend durchgeführt wird;
10. Beschreibung und Aufgabenbeschreibung des Personals, das mit der Umsetzung des Pilotprojekts beauftragt werden soll, falls die Bezuschussung von Personal- und Funktionskosten beantragt wird;
11. Angaben zu den in Artikel 12 § 1 aufgelisteten Bewertungskriterien;
12. Bestätigung, dass das Pilotprojekt nicht über andere gewährte Beihilfen auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusst wird;
13. Bestätigung, dass die Gemeinde das Pilotprojekt als Aktion im Tool Klimaschutzplaner eingefügt hat.

Um als vollständig betrachtet zu werden, sind dem Antrag folgende Unterlagen beizufügen:

1. Unterschriebenes Antragsformular;
2. Kosten- und Finanzierungsplan mit einer Übersicht der geschätzten Ausgaben und Einnahmen über den Projektzeitraum;
3. Unterschriebene Bestätigung, dass die in § 1 Absatz 2 Nummer 12 erwähnte Bedingung erfüllt ist.

In besonders begründeten Fällen kann die Regierung die in Absatz 1 genannte Frist verlängern.

§ 2 - Die Verwaltung prüft die eingegangenen annehmbaren Zuschussanträge der Gemeinden auf ihre Vollständigkeit, Förderfähigkeit und Förderwürdigkeit und übermittelt sie der Regierung zwecks Genehmigung.

Die Regierung prüft die Genehmigungsanträge und entscheidet über die Bezuschussungen zweimal pro Jahr, einmal im Januar und einmal im Juni.

Innerhalb einer Frist von 90 Tagen nachdem die Regierung ihre Entscheidung bezüglich der Bezuschussung getroffen hat, übermittelt sie den Gemeinden ihre Entscheidung.

§ 3 - In der Entscheidung der Regierung wird das Startdatum des genehmigten Pilotprojekts festgehalten. Das Pilotprojekt darf erst nach diesem Datum begonnen werden.

**Art. 12** - § 1 - Die Beurteilung der in Artikel 11 § 2 erwähnten Förderwürdigkeit erfolgt über ein Punktesystem, dem folgende Bewertungskriterien zugrunde liegen:

1. Gemeindeübergreifendes Pilotprojekt;
2. adäquate Projektbeschreibung und Realisierbarkeit der Umsetzung;

3. direkter oder indirekter Beitrag zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen;
4. Langlebigkeit des Pilotprojekts;
5. innovativer Charakter des Pilotprojekts;
6. andere positive Effekte in Hinblick auf die Nachhaltigkeit und sozioökonomische Faktoren;
7. Bürgerbeteiligung.

§ 2 - Im Falle von konkurrierenden Projekten, die die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel überschreiten, werden die Projekte mit der höchsten Punktzahl bevorzugt.

#### Abschnitt 4 — Auszahlung

##### Unterabschnitt 1 — Personal- und Funktionskosten

**Art. 13** - § 1 - Spätestens bis zum 31. März des Jahres nach ihrer Tätigkeit reichen die Gemeinden die Abrechnung der Personal- und Verwaltungskosten bei der Verwaltung ein. Um als vollständig betrachtet zu werden, werden der Abrechnung folgende Unterlagen beigefügt:

1. die Aufstellung der annehmbaren Kosten inklusive Rechnungs- und Zahlungsbelege, wobei anhand einer Bescheinigung der Steuerverwaltung Auskunft darüber erstattet wird, ob für die eingereichten Belege die Steuer in Abzug gebracht wurde;
2. die Arbeitsverträge und Lohnauszahlungen der betroffenen Personen.

Zum Zeitpunkt der Abrechnung der Personal- und Verwaltungskosten wird die Berichterstattung zum Pilotprojekt über das Tool Klimaschutzplaner aktualisiert.

In besonders begründeten Fällen kann die Regierung die in Absatz 1 genannte Frist verlängern.

§ 2 - Die in Artikel 4 § 2 Nummer 1 und 2 erwähnten Gehaltskosten und Büro- und Verwaltungsausgaben und die Funktionskosten, darunter Büroausstattung, Fahrtkosten und Mieten, werden gemäß Artikel 104 § 1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausbezahlt.

Die Höhe der in monatlichen Zwölfteilen ausgezahlten Summe wird über den in Artikel 11 § 1 Absatz 2 Nummer 7 genannten Kosten- und Finanzierungsplan eingeschätzt und gegebenenfalls aufgrund der in § 1 genannten jährlichen Abrechnung korrigiert.

§ 3 - Die Auszahlung der gewährten Zuschüsse für Sensibilisierungs- und Kommunikationskosten sowie Kosten für externe Dienstleister und Berater zur Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplanes erfolgt jährlich im Verhältnis zu den effektiv angefallenen Kosten und auf Grundlage der Belege der Ausgaben.

##### Unterabschnitt 2 — Investitionsausgaben

**Art. 14** - § 1 - Spätestens bis zum 31. März des Jahres nach ihrer Tätigkeit reichen die Gemeinden die Abrechnung der Investitionsausgaben bei der Verwaltung ein. Um als vollständig betrachtet zu werden, werden der Abrechnung eine Aufstellung der annehmbaren Kosten, inklusive Rechnungs- und Zahlungsbelege, beigefügt, wobei anhand einer Bescheinigung der Steuerverwaltung Auskunft darüber erstattet wird, ob für die eingereichten Belege die Steuer in Abzug gebracht wurde.

Zum Zeitpunkt der Abrechnung der Investitionsangaben wird die Berichterstattung zum Pilotprojekt über das Tool Klimaschutzplaner aktualisiert. Dabei wird insbesondere eine begründete Aufstellung aller Abweichungen von den im Zuschussantrag vermerkten Investitionsausgaben eingereicht.

In besonders begründeten Fällen kann die Regierung die in Absatz 1 genannte Frist verlängern.

Die Gemeinde übermittelt der Verwaltung den Antrag auf Auszahlung zusammen mit den in Absatz 1 erwähnten Dokumenten spätestens am 31. März des Jahres, das auf das Kalenderjahr, das Gegenstand des Zuschusses ist, folgt.

**Art. 15** - Die Auszahlung der gewährten Zuschüsse für Investitionsausgaben zur Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaplanes erfolgt jährlich im Verhältnis zu den effektiv angefallenen Kosten und auf Grundlage der Belege der Ausgaben.

#### KAPITEL 3 — Kontrolle

**Art. 16** - Die Kontrolle der aufgrund des vorliegenden Erlasses gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

#### KAPITEL 4 — Datenschutz

**Art. 17** - Die Verwaltung ist für die Verarbeitung der in Artikel 13 § 1 Nummer 2 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich. Sie gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Verwaltung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die der Gewährung der Zuschüsse, nämlich zur Überprüfung der Übereinstimmung des Antrags mit den Gewährungsbedingungen, zur Gewährung der Zuschüsse sowie ggf. zur Rückforderung der unberechtigterweise ausgezahlten Zuschüsse.

Die Verwaltung darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen, dekretalen oder die durch vorliegenden Erlass festgelegten Aufträge verwenden.

**Art. 18** - Die höchste Speicherfrist überschreitet nicht den 31. Dezember des Jahres, im Laufe dessen alle in der Zuständigkeit des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 17 fallenden Rechtsansprüche bezüglich der Gewährung der Zuschüsse oder der Verwendung der Zuschüsse verjähren, und gegebenenfalls die vollständige Zahlung aller damit verbundenen Beträge erfolgt, sowie die damit verbundenen Verfahren und administrativen bzw. gerichtlichen Beschwerden, die bezüglich der Gewährung oder der Verwendung der Zuschüsse eingeleitet werden, endgültig enden.

KAPITEL 5 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 19** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

**Art. 20** - Der für die Energie zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. Dezember 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH  
Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  
A. ANTONIADIS

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/201191]

**23 DECEMBRE 2021. — Arrêté du Gouvernement instaurant un système de subventionnement pour les projets pilotes des communes dans le cadre de la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le décret de la Région wallonne du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables, les articles 7 et 8;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 9 juillet 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 15 juillet 2021;

Vu l'avis du conseil consultatif du Logement et de l'Énergie, donné le 13 septembre 2021;

Vu l'avis n° 193/2021 de l'Autorité de protection des données, donné le 25 octobre 2021;

Vu la demande d'avis dans un délai de trente jours, déposée au Conseil d'État le 18 novembre 2021 en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que l'avis demandé n'a pas été rendu dans ce délai;

Vu l'article 84, § 4, alinéa 2, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que tant les neuf communes de la région de langue allemande que la Communauté germanophone elle-même adhèrent à la Convention des Maires pour le Climat et l'Énergie et que, par conséquent, elles ont élaboré un plan intégré pour l'énergie et le climat; que ce plan a pour objectif de réduire de 40 % les émissions de gaz à effet de serre d'ici 2030 ainsi que de mettre en place des stratégies pour la protection du climat et l'adaptation au changement climatique; que la Communauté germanophone souhaite, sous certaines conditions, soutenir les communes dans la mise en place de ce plan pour l'énergie et le climat et la concrétisation des objectifs;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Énergie;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

**Article 1<sup>er</sup>.** - Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1<sup>o</sup> plan intégré pour l'énergie et le climat : l'ensemble des projets pilotes élaborés par les communes et visant à influencer soit sur la consommation et la production d'énergie, soit sur les moyens de locomotion, soit sur les questions d'adaptation au changement climatique. Ces projets visent également, de manière plus générale, à réduire les émissions de CO<sub>2</sub>;

2<sup>o</sup> projets pilotes : les projets qui sont distincts des autres systèmes de subvention de la Communauté germanophone dans le domaine de l'énergie, qui ont un objectif clairement défini et qui ont une durée de projet limitée à deux ans maximum;

3<sup>o</sup> projet pilote supracommunal : tout projet pilote mené conjointement par deux ou plusieurs communes;

4<sup>o</sup> dépense d'investissement : toute installation et tout équipement acquis par la commune dans le but d'économiser l'énergie;

5<sup>o</sup> outil d'aide à la planification des mesures visant à protéger le climat (*Tool Klimaschutzplaner*) : l'outil en ligne permettant aux communes d'indiquer l'état d'avancement de leurs actions dans le cadre du plan intégré pour l'énergie et le climat;

6<sup>o</sup> règlement sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE;

7<sup>o</sup> administration : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de Développement régional.

CHAPITRE 2. — *Subsides pour les projets pilotes des communes visant à mettre en œuvre le plan intégré pour l'énergie et le climat*Section 1<sup>re</sup>. — Champ d'application

**Art. 2.** - Peuvent être subventionnées les communes qui disposent d'un plan intégré pour l'énergie et le climat et souhaitent le mettre en œuvre.

Dans la mesure du possible, les communes privilégient la concrétisation de projets pilotes supracommunaux.

**Art. 3.** - § 1<sup>er</sup> - Moyennant le respect des conditions prévues dans le présent arrêté et dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut :

1° octroyer à une commune des subsides en vue du déploiement de projets pilotes visant la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat;

2° si le projet pilote est déployé au niveau supracommunal, octroyer aux communes y prenant part des subsides en vue du déploiement de projets pilotes visant la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat.

§ 2 - Les subsides octroyés en vertu du présent arrêté ne peuvent l'être qu'une seule fois pour les mêmes projets pilotes et ne peuvent être cumulés avec une autre aide accordée par la Communauté germanophone.

Font exception à cette règle les projets de suivi qui conduisent à un élargissement ou à un approfondissement dudit projet, dans la mesure où ils apportent une valeur ajoutée justifiée. Ces projets peuvent obtenir un autre subside qui ne peut être cumulé avec d'autres subsides de la Communauté germanophone.

Les subsides octroyés en vertu du présent arrêté peuvent être cumulés avec d'autres subventions ou aides d'autres administrations, le cas échéant par le recours à un cofinancement. Ces subsides sont déduits de l'ensemble des coûts avant de calculer les subsides octroyés en application du présent arrêté.

## Section 2. — Projets pilotes éligibles

Sous-section 1<sup>re</sup>. — Frais de personnel et de fonctionnement

**Art. 4.** - § 1<sup>er</sup> - Aux fins de conception et de déploiement de projets pilotes spécifiques à une commune ou supracommunaux dans le cadre des champs d'action du plan intégré pour l'énergie et le climat, les frais de personnel et de fonctionnement des communes peuvent être pris en compte pour la mise en place des mesures suivantes et en vue de leur subventionnement : 1° études;

2° élaboration de concepts;

3° développement d'outils et/ou d'instruments de monitoring;

4° actions de sensibilisation;

5° mesures de formation;

6° coordination, élaboration et développement de plans d'action spécifiques à la commune.

§ 2 - Les frais de personnel et de fonctionnement éligibles comprennent :

1° les frais de traitement bruts;

2° les dépenses de bureau et les dépenses administratives ainsi que les frais de fonctionnement, dont les équipements de bureau, les frais de déplacement et les loyers, évalués de manière forfaitaire à 15 % des frais de traitement;

3° les frais de sensibilisation et de communication;

4° les frais pour les prestataires et conseillers externes.

**Art. 5.** - La conception et la mise en œuvre des projets pilotes spécifiques à une commune ou supracommunaux, mentionnés à l'article 4, § 1<sup>er</sup>, s'étalent au maximum sur deux ans.

**Art. 6.** - Le montant du subside annuel s'élève, selon la demande, à maximum 30 000 euros par commune.

Seuls les frais approuvés dus à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2022 sont admissibles.

## Sous-section 2. — Dépenses d'investissement en vue de la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat

**Art. 7.** - § 1<sup>er</sup> - Un subside peut être octroyé notamment pour les dépenses d'investissement spécifiques à la commune ou supracommunales suivantes, consenties dans le domaine des énergies renouvelables et de la mobilité durable :

1° chaleur renouvelable :

a) plateforme de séchage, de stockage et de distribution de combustible biomasse;

b) pompe à chaleur géothermique sur eaux usées;

c) frais d'installation et d'équipement dans le cadre de la production de plaquettes forestières;

2° mobilité durable :

a) bornes de chargement pour les véhicules électriques;

b) bornes de chargement pour les vélos électriques;

c) éclairage intelligent pour la mobilité douce;

d) installations d'aires de stationnement pour vélos;

e) infrastructure pour les vélos électriques partagés.

§ 2 - Dans le cadre des projets pilotes spécifiques à une commune, celle-ci engage les dépenses d'investissement uniquement :

1° sur les biens immobiliers ou les terrains de la commune mentionnés à l'article 12 du décret sur l'infrastructure du 18 mars 2002, y compris la propriété privée de la commune accessible au public;

2° sur la propriété de son centre public d'action sociale, à condition que ce dernier ait marqué son accord à cet égard.

Dans le cadre des projets pilotes supracommunaux, les communes parties prenantes engagent les dépenses d'investissement uniquement :

1° sur les biens immobiliers ou les terrains des communes parties prenantes mentionnés à l'article 12 du décret sur l'infrastructure du 18 mars 2002, y compris la propriété privée desdites communes accessible au public;

2° sur la propriété des centres public d'action sociale des communes parties prenantes, à condition que ces derniers aient marqué leur accord à cet égard.

§ 3 - Pour pouvoir bénéficier d'un subside pour dépenses d'investissement destinées à la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat, les communes satisfont aux conditions mentionnées aux articles 4, § 1<sup>er</sup>, 5, alinéa 1<sup>er</sup>, 6 et 13 du décret du 18 mars 2002 sur l'infrastructure.

Pour pouvoir bénéficier d'un subside pour dépenses d'investissement dans le domaine de la mobilité douce, les dépenses d'investissements effectuées par les communes doivent être accessibles au public.

**Art. 8.** - La conception et la mise en œuvre des dépenses d'investissement mentionnées à l'article 7, § 1<sup>er</sup>, sont menées dans un délai de deux ans.

**Art. 9.** - Les dépenses d'investissement sont subsidiées à concurrence de 80 % des dépenses admissibles.

Les subsides annuels par commune s'élèvent à :

1° 2 500 euros minimum et 75 000 euros maximum pour les communes comptant moins de 9 000 habitants;

2° 2 500 euros minimum et 125 000 euros maximum pour les communes comptant au moins 9 000 habitants.

Seuls les frais approuvés dus à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2022 sont admissibles.

**Art. 10.** - Les dépenses d'investissement subsidiées dans le cadre des projets pilotes, mentionnées à l'article 9, sont déduites, le cas échéant, à concurrence des recettes générées par la mise en œuvre desdits projets pilotes.

### Section 3. — Procédure de demande

**Art. 11.** - § 1<sup>er</sup> - Les communes introduisent leurs demandes de subsides auprès de l'administration au moyen du formulaire *ad hoc*, et ce, avant le 1<sup>er</sup> janvier ou le 1<sup>er</sup> juin de chaque année, selon le cas.

La demande de subsides reprend les informations suivantes :

1° la nature et l'étendue du projet pilote;

2° la dénomination de la commune;

3° les données de contact de la personne responsable du projet pilote au niveau de la commune;

4° le numéro de compte de la commune;

5° la description du projet pilote à subsidier qui établit, entre autres, un lien clair avec la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat;

6° la description du train de mesures concerné découlant du plan intégré pour l'énergie et le climat ainsi que la contribution apportée à sa mise en œuvre;

7° le plan des coûts et du financement du projet pilote et le montant du subside demandé;

8° la période de mise en œuvre;

9° l'aperçu des partenaires du projet pilote et, si celui-ci est spécifique à la commune, la raison pour laquelle il n'est pas mené à un niveau supracommunal;

10° la description du personnel, ainsi que de ses missions, qui sera chargé de mettre le projet pilote en œuvre si le subventionnement des frais de personnel et de fonctionnement est demandé;

11° les données relatives aux critères d'évaluation énumérés à l'article 12, § 1<sup>er</sup>;

12° la confirmation attestant que le projet pilote n'est pas subsidié par le biais d'autres aides au niveau de la Communauté germanophone;

13° la confirmation qui atteste que la commune a inscrit ce projet pilote en tant qu'action dans l'outil d'aide à la planification des mesures visant à protéger le climat.

Pour être considérée comme complète, la demande doit être accompagnée des documents suivants :

1° le formulaire de demande signé;

2° un plan des coûts et du financement, accompagné d'un aperçu des dépenses et des recettes réparties sur toute la durée du projet;

3° la confirmation signée attestant que la condition mentionnée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 12°, est remplie.

Dans des cas particulièrement motivés, le Gouvernement peut prolonger le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

§ 2 - L'administration examine les demandes de subsides admissibles introduites par les communes et vérifie si elles sont complètes, si les projets peuvent être soutenus et s'il est opportun de le faire, et les transmet au Gouvernement pour approbation.

Le Gouvernement examine les demandes d'approbation et statue sur les subventionnements deux fois par an, en janvier et en juin.

Dans les nonante jours qui suivent sa décision relative au subventionnement, le Gouvernement la transmet aux communes.

§ 3 - La décision du Gouvernement fixe la date de début du projet pilote approuvé. Ledit projet pilote ne peut commencer qu'à partir de cette date.

**Art. 12.** - § 1<sup>er</sup> - L'évaluation portant sur l'opportunité d'être subventionné mentionnée à l'article 11, § 2, s'appuie sur un système de points basé sur les critères suivants :

1° projet pilote supracommunal;

2° description adéquate du projet et faisabilité;

3° contribution directe ou indirecte à la réduction des émissions de CO<sub>2</sub>;

- 4° caractère pérenne du projet pilote;
- 5° caractère novateur du projet pilote;
- 6° autres effets positifs relatifs au caractère durable et aux facteurs socio-économiques;
- 7° participation civique.

§ 2 - Si plusieurs projets qui excèdent les moyens budgétaires disponibles sont en concurrence, les projets présentant le nombre de points le plus élevé sont privilégiés.

#### Section 4. — Liquidation

##### Sous-section 1<sup>re</sup>. — Frais de personnel et de fonctionnement

**Art. 13.** - § 1<sup>er</sup> - Au plus tard avant le 31 mars de l'année suivant leur engagement, les communes introduisent auprès de l'administration le décompte des frais de personnel et de fonctionnement. Pour être considéré comme complet, le décompte doit être accompagné des documents suivants :

1° la liste des coûts admissibles, y compris les pièces comptables et les preuves de paiement, une attestation de l'administration fiscale permettant de communiquer des informations sur le fait que l'impôt a été déduit pour les pièces produites;

2° les contrats de travail et les fiches de paie des personnes concernées.

Au moment du décompte des frais de personnel et des frais administratifs, le rapport concernant le projet pilote est mis à jour dans l'outil d'aide à la planification des mesures visant à protéger le climat.

Dans des cas particulièrement motivés, le Gouvernement peut prolonger le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

§ 2 - Les frais de traitement, les dépenses de bureau et les dépenses administratives ainsi que les frais de fonctionnement, dont les équipements de bureau, les frais de déplacement et les loyers, mentionnés à l'article 4, § 2, 1° et 2°, sont liquidés conformément à l'article 104, § 1<sup>er</sup>, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Le montant liquidé en douzièmes mensuels est estimé en se basant sur le plan des coûts et du financement mentionné à l'article 11, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 7°, et, le cas échéant, corrigé en vertu du décompte annuel mentionné au § 1<sup>er</sup>.

§ 3 - La liquidation des subsides octroyés pour des frais de sensibilisation et de communication ainsi que pour les frais pour les prestataires et conseillers externes, destinés à la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat, s'opère chaque année, à concurrence des coûts effectivement engagés et sur la base des preuves de dépenses.

##### Sous-section 2. — Dépenses d'investissement

**Art. 14.** - § 1<sup>er</sup> - Au plus tard avant le 31 mars de l'année suivant leur engagement, les communes introduisent auprès de l'administration le décompte des dépenses d'investissement. Pour être considéré comme complet, le décompte doit être accompagné d'une liste des coûts admissibles, y compris les pièces comptables et les preuves de paiement, une attestation de l'administration fiscale permettant de communiquer des informations sur le fait que l'impôt a été déduit pour les pièces produites.

Au moment du décompte des dépenses d'investissement, le rapport concernant le projet pilote est mis à jour dans l'outil d'aide à la planification des mesures visant à protéger le climat. Parallèlement, il faudra introduire notamment une énumération justifiée de toutes les dérogations aux dépenses d'investissement figurant dans la demande de subsides.

Dans des cas particulièrement motivés, le Gouvernement peut prolonger le délai mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

La commune transmet à l'administration la demande de liquidation accompagnée des documents mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> au plus tard le 31 mars de l'année qui suit l'année calendrier qui fait l'objet du subside.

**Art. 15.** - La liquidation des subsides octroyés pour des dépenses d'investissement destinées à la mise en œuvre du plan intégré pour l'énergie et le climat s'opère chaque année, à concurrence des coûts effectivement engagés et sur la base des preuves de dépenses.

#### CHAPITRE 3. — Contrôle

**Art. 16.** - Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés en vertu du présent arrêté s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

#### CHAPITRE 4. — Protection des données

**Art. 17.** - L'administration est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 13, § 1<sup>er</sup>, 2°. Elle est réputée responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

L'administration traite les données à caractère personnel nécessaires pour l'octroi des subsides, à savoir la vérification de la conformité de la demande aux conditions d'octroi, l'octroi des subsides ainsi que, le cas échéant, la récupération des subsides indument liquidés.

L'administration ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice de ses missions légales, décrétales ou fixées par le présent arrêté.

**Art. 18.** - La durée maximale de conservation n'excède pas le 31 décembre de l'année au cours de laquelle intervient la prescription de toutes les prétentions relatives à l'octroi de subsides ou à leur utilisation qui relèvent de la compétence des responsables du traitement conformément à l'article 17 et, le cas échéant, le paiement intégral de tous les montants y liés, ainsi que la cessation définitive des procédures et recours administratifs et judiciaires y liés, entamés relativement à l'octroi ou à l'utilisation des subsides.

#### CHAPITRE 5. — Dispositions finales

**Art. 19.** - Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2022.



**Art. 20.** - Le Ministre compétent en matière d'Énergie est chargé de l'exécution du présent arrêté.  
Eupen, le 23 décembre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances  
O. PAASCH  
Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement  
A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/201191]

**23 DECEMBER 2021. — Besluit van de Regering tot invoering van een subsidiëringssysteem voor proefprojecten van de gemeenten in het kader van de implementatie van het geïntegreerd energie- en klimaatplan**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van het Waals Gewest van 9 december 1993 betreffende de bevordering van rationeel energiegebruik, energiebesparingen en hernieuwbare energieën, de artikelen 7 en 8;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 9 juli 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 15 juli 2021;

Gelet op het advies van de Adviesraad voor Huisvesting en Energie, gegeven op 13 september 2021;

Gelet op advies 193/2021 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 25 oktober 2021;

Gelet op het verzoek om advies uit te brengen binnen een termijn van dertig dagen dat op 18 november 2021 aan de Raad van State werd gericht met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat het advies niet binnen die termijn werd verstrekt;

Gelet op artikel 84, § 4, tweede lid, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat zowel de negen gemeenten van het Duitse taalgebied als de Duitstalige Gemeenschap zelf zich hebben aangesloten bij het Burgemeestersconvenant voor Klimaat en Energie en bijgevolg een geïntegreerd energie- en klimaatplan hebben opgesteld; dat dit plan tot doel heeft de uitstoot van broeikasgassen tegen 2030 met 40 % te verminderen en strategieën in te voeren om het klimaat te beschermen en zich aan het klimaat aan te passen; overwegende dat de Duitstalige Gemeenschap de gemeenten die bepaalde voorwaarden vervullen, wil ondersteunen om dat energie- en klimaatplan te implementeren en om de doelstellingen ervan te bereiken;

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Energie;

Na beraadslaging,

Besluit :

**HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen**

**Artikel 1.** - Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° geïntegreerd energie- en klimaatplan: alle proefprojecten die de gemeenten hebben uitgewerkt om invloed uit te oefenen op het energieverbruik en de energieproductie, op de vervoermiddelen of op de problematiek van de aanpassing aan de klimaatverandering. Die projecten hebben ook de vermindering van de CO<sub>2</sub>-uitstoot als overkoepelend doel;

2° proefprojecten: projecten die zich onderscheiden van de andere subsidieregelingen van de Duitstalige Gemeenschap op energiegebied, een duidelijk omschreven doelstelling hebben en een beperkte projectduur van ten hoogste 2 jaar hebben;

3° gemeenteoverstijgend proefproject: proefproject dat door twee of meer gemeenten samen wordt uitgevoerd;

4° investeringsuitgave: alle installaties en uitrustingen die de gemeente heeft verworven om energie te besparen;

5° planningtool voor klimaatbescherming (tool Klimaschutzplaner): online-instrument waarin de gemeenten de stand van de implementatie van hun acties in het kader van het geïntegreerd energie- en klimaatplan kunnen invoeren;

6° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;

7° administratie: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Regionale Ontwikkeling.

**HOOFDSTUK 2. — Subsidies voor proefprojecten van de gemeenten voor de implementatie van het geïntegreerd energie- en klimaatplan**

**Afdeling 1. — Toepassingsgebied**

**Art. 2.** - Gemeenten die een geïntegreerd energie- en klimaatplan hebben en dat willen implementeren, komen in aanmerking voor een subsidie.

Voor zover mogelijk geven de gemeenten de voorkeur aan de uitvoering van gemeenteoverstijgende proefprojecten.

**Art. 3.** - § 1 - Onder de voorwaarden bepaald in dit besluit en binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering :

1° een gemeente subsidies verlenen voor de uitvoering van proefprojecten die tot doel hebben het geïntegreerd energie- en klimaatplan te implementeren;

2° indien het om de uitvoering van een gemeenteoverstijgend proefproject gaat: de aan het proefproject deelnemende gemeenten subsidies verlenen voor de uitvoering van proefprojecten die tot doel hebben het geïntegreerd energie- en klimaatplan te implementeren.

§ 2 - De op basis van dit besluit toegekende subsidies kunnen slechts één keer voor dezelfde proefprojecten worden toegekend en kunnen niet gecumuleerd worden met een andere tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap.

Een uitzondering hierop vormen vervolprojecten die leiden tot een projectuitbreiding of projectverdieping, voor zover dit een gerechtvaardigde meerwaarde oplevert. Deze projecten kunnen een aanvullende subsidie ontvangen die niet cumuleerbaar is met andere subsidies van de Duitstalige Gemeenschap.

De op basis van dit besluit toegekende subsidies kunnen worden gecumuleerd met andere subsidies of tegemoetkomingen van andere autoriteiten, waarbij in voorkomend geval een beroep wordt gedaan op cofinanciering. Die subsidies worden afgetrokken van de totale kosten voordat de op basis van dit besluit toegekende subsidies worden berekend.

#### *Afdeling 2.* — In aanmerking komende proefprojecten

##### Onderafdeling 1. — Personeels- en werkingskosten

**Art. 4.** - § 1 - Voor het opzetten en uitvoeren van gemeentespecifieke of gemeenteoverstijgende proefprojecten op de actieterreinen van het geïntegreerd energie- en klimaatplan kunnen de personeels- en werkingskosten van de gemeenten voor de uitvoering van de volgende maatregelen worden gesubsidieerd en met het oog op subsidiëring in aanmerking worden genomen :

1° wetenschappelijke studies;

2° opmaak van concepten;

3° ontwikkeling van tools en/of monitoringinstrumenten;

4° bewustmakingsactiviteiten;

5° bijscholingsmaatregelen;

6° coördinatie, uitwerking en verdere ontwikkeling van gemeentespecifieke actieplannen.

§ 2 - De in aanmerking komende personeels- en werkingskosten omvatten:

1° de brutoloonkosten;

2° de kantoor- en administratiekosten en de werkingskosten, met inbegrip van kantooruitrusting, reiskosten en huur, forfaitair vastgesteld op 15 % van de loonkosten;

3° de bewustmakings- en communicatiekosten;

4° de kosten voor externe dienstverleners en consultants.

**Art. 5.** - Het opzetten en uitvoeren van de gemeentespecifieke of gemeenteoverstijgende proefprojecten vermeld in artikel 4, § 1, mag niet langer dan twee jaar duren.

**Art. 6.** - De jaarlijkse subsidie bedraagt per aanvraag hoogstens 30.000 euro per gemeente.

Alleen goedgekeurde kosten die vanaf 1 januari 2022 verschuldigd zijn, komen in aanmerking.

##### Onderafdeling 2. — Investeringsuitgaven voor de implementatie van het geïntegreerd energie- en klimaatplan

**Art. 7.** - § 1 - In het bijzonder kan een subsidie worden toegekend voor de volgende gemeentespecifieke of gemeenteoverstijgende investeringsuitgaven op het gebied van hernieuwbare energie en duurzame mobiliteit :

1° hernieuwbare warmte :

a) platform om biomassa-brandstof te drogen, op te slaan en te verdelen;

b) warmtepomp voor terugwinning van warmte en koude uit afvalwater;

c) uitrustings- en inrichtingskosten in het kader van de houtspaanderproductie;

2° duurzame mobiliteit:

a) oplaadpunten voor elektrische voertuigen;

b) oplaadpunten voor elektrische fietsen;

c) intelligente verlichting voor zachte mobiliteit;

d) fietsstallingen;

e) infrastructuur voor gedeeld gebruik van e-bikes.

§ 2 - In het kader van gemeentespecifieke proefprojecten doet de gemeente de investeringsuitgaven uitsluitend:

1° op de onroerende goederen of gronden van de gemeente bedoeld in artikel 12 van het decreet betreffende de infrastructuur van 18 maart 2002, met inbegrip van privé-eigendom van de gemeente dat voor het publiek toegankelijk is;

2° op eigendom van hun openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, op voorwaarde dat dit OCMW zich daarmee akkoord heeft verklaard.

In het kader van gemeenteoverstijgende proefprojecten doen de betrokken gemeenten de investeringsuitgaven uitsluitend:

1° op de onroerende goederen of gronden van de gemeente bedoeld in artikel 12 van het decreet betreffende de infrastructuur van 18 maart 2002, met inbegrip van privé-eigendom van de betrokken gemeenten dat voor het publiek toegankelijk is;

2° op eigendom van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van de betrokken gemeenten, op voorwaarde dat die OCMW's zich daarmee akkoord hebben verklaard.

§ 3 - Om subsidie te kunnen krijgen voor investeringsuitgaven voor de implementatie van het geïntegreerd energie- en klimaatplan, voldoen de gemeenten aan de voorwaarden vermeld in de artikelen 4, § 1, 5, eerste lid, 6 en 13 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur.

Om subsidie te kunnen krijgen voor investeringsuitgaven op het gebied van duurzame mobiliteit, moeten de investeringsuitgaven van de gemeenten beschikbaar zijn voor het publiek.

**Art. 8.** - Het opzetten en uitvoeren van de investeringsuitgaven vermeld in artikel 7, § 1, geschiedt binnen een termijn van twee jaar.

**Art. 9.** - De investeringsuitgaven worden gesubsidieerd ten belope van 80 % van de in aanmerking komende uitgaven.

De jaarlijkse subsidies per gemeente bedragen :

1° voor gemeenten met minder dan 9.000 inwoners: minstens 2.500 euro en hoogstens 75.000 euro.

2° voor gemeenten met minstens 9.000 inwoners: minstens 2.500 euro en hoogstens 125.000 euro.

Alleen goedgekeurde kosten die vanaf 1 januari 2022 verschuldigd zijn, komen in aanmerking.

**Art. 10.** - De in artikel 9 vermelde gesubsidieerde investeringsuitgaven in het kader van de proefprojecten worden, in voorkomend geval, in mindering gebracht ten belope van de ontvangsten die door de uitvoering van deze proefprojecten worden gegenereerd.

### *Afdeling 3. — Aanvraagprocedure*

**Art. 11.** - § 1 - De gemeenten dienen hun subsidieaanvragen elk jaar uiterlijk op 1 januari of 1 juni in bij de administratie aan de hand van een daartoe bestemd formulier.

De subsidieaanvraag bevat de volgende informatie :

1° aard en omvang van het proefproject;

2° naam van de gemeente;

3° contactgegevens van de persoon die verantwoordelijk is voor het proefproject in de gemeente;

4° rekeningnummer van de gemeente;

5° beschrijving van het te subsidiëren proefproject, waarin onder meer een duidelijk verband wordt gelegd met de implementatie van het geïntegreerd energie- en klimaatplan;

6° beschrijving van het maatregelenpakket uit het geïntegreerd energie- en klimaatplan en bijdrage tot de implementatie van het plan;

7° kosten- en financieringsplan van het proefproject en bedrag van de aangevraagde subsidie;

8° implementatieperiode;

9° overzicht van de partners bij het proefproject en, indien het proefproject specifiek voor één gemeente is, de motivering waarom het niet gemeenteeverstijgend wordt uitgevoerd;

10° beschrijving en taakbeschrijving van het personeel dat voor de uitvoering van het proefproject zal worden ingezet indien de subsidiëring van personeels- en werkingskosten wordt aangevraagd;

11° informatie over de evaluatiecriteria opgesomd in artikel 12, § 1;

12° bevestiging dat het proefproject niet wordt gesubsidieerd via andere toegekende tegemoetkomingen op het niveau van de Duitstalige Gemeenschap;

13° bevestiging dat de gemeente het proefproject als actie heeft geregistreerd in de planningtool voor klimaatbescherming.

De aanvraag wordt als volledig beschouwd als de volgende stukken zijn bijgevoegd:

1° ondertekend aanvraagformulier;

2° kosten- en financieringsplan met een overzicht van de geraamde uitgaven en inkomsten gedurende de looptijd van het project;

3° ondertekende bevestiging dat aan de voorwaarde vermeld in § 1, tweede lid, 12°, is voldaan.

In bijzonder gerechtvaardigde gevallen kan de Regering de termijn vermeld in het eerste lid verlengen.

§ 2 - De administratie controleert of de in aanmerking komende subsidieaanvragen van de gemeenten volledig zijn, of ze gesubsidieerd kunnen worden en of ze het waard zijn om gesubsidieerd te worden en stuurt ze ter goedkeuring toe aan de Regering.

De Regering onderzoekt de goedkeuringsaanvragen en beslist tweemaal per jaar over de subsidies, eenmaal in januari en eenmaal in juni.

Binnen een termijn van negentig dagen nadat de Regering haar beslissing over de subsidiëring heeft genomen, zendt de Regering haar beslissing aan de gemeenten.

§ 3 - In de beslissing van de Regering wordt ook de startdatum van het goedgekeurde proefproject bepaald. Het proefproject mag pas na die datum van start gaan.

**Art. 12.** - § 1 - De in artikel 11, § 2, vermelde vraag of het project het waard is om te worden gesubsidieerd wordt beoordeeld via een puntensysteem dat op de volgende evaluatiecriteria is gebaseerd :

1° gemeenteeverstijgend proefproject;

2° adequate projectbeschrijving en haalbaarheid van de uitvoering;

3° directe of indirecte bijdrage tot de vermindering van de CO<sub>2</sub>-uitstoot;

4° duurzaamheid van het proefproject;

5° innovatieve karakter van het proefproject;

6° andere positieve effecten voor de duurzaamheid en sociaal-economische factoren;

7° participatie van de burgers.

§ 2 - In geval van concurrerende projecten die de beschikbare begrotingsmiddelen overschrijden, zal de voorkeur worden gegeven aan de projecten met het hoogste aantal punten.

#### Afdeling 4. — Uitbetaling

##### Onderafdeling 1. — Personeels- en werkingskosten

**Art. 13.** - § 1 - Uiterlijk op 31 maart van het jaar nadat de personeels- en administratiekosten zijn gemaakt, dienen de gemeenten de afrekening van die kosten in bij de administratie. De afrekening wordt als volledig beschouwd als de volgende stukken zijn bijgevoegd :

1° de lijst van aanvaardbare kosten, met inbegrip van boekhoudkundige documenten en betalingsbewijzen, waarbij via een fiscaal attest wordt meegedeeld of er een belastingaftrek voor de ingediende betalingsbewijzen was;

2° de arbeidsovereenkomsten en loonfiches van de betrokken personen.

Bij de afrekening van de personeels- en administratiekosten wordt de rapportage over het proefproject geactualiseerd via de planningtool voor klimaatbescherming.

In bijzonder gerechtvaardigde gevallen kan de Regering de termijn vermeld in het eerste lid verlengen.

§ 2 - De loonkosten, kantoorkosten, administratiekosten en werkingskosten, waaronder kantooruitrusting, reiskosten en huur, vermeld in artikel 4, § 2, 1° en 2°, worden uitbetaald overeenkomstig artikel 104, § 1, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Het bedrag dat in maandelijks twaalfden wordt uitbetaald, wordt geraamd via het kosten- en financieringsplan vermeld in artikel 11, § 1, tweede lid, 7°, en wordt zo nodig gecorrigeerd op basis van de jaarlijkse afrekening vermeld in § 1.

§ 3 - De uitbetaling van de toegekende subsidies voor bewustmakings- en communicatiekosten en kosten voor externe dienstverleners en consultants voor de uitvoering van het geïntegreerde energie- en klimaatplan geschiedt jaarlijks naar rato van de werkelijk gemaakte kosten en op basis van de bewijzen van de uitgaven.

##### Onderafdeling 2. — Investeringsuitgaven

**Art. 14.** - § 1 - Uiterlijk op 31 maart van het jaar nadat de investeringsuitgaven zijn gedaan, dienen de gemeenten de afrekening van die uitgaven in bij de administratie. Om als volledig te worden beschouwd, moet bij de afrekening een overzicht van de in aanmerking komende kosten worden gevoegd, met inbegrip van boekhoudkundige documenten en betalingsbewijzen, waarbij via een fiscaal attest wordt meegedeeld of er een belastingaftrek voor de ingediende betalingsbewijzen was.

Bij de afrekening van de investeringsuitgaven wordt de rapportage over het proefproject geactualiseerd via de planningtool voor klimaatbescherming. Daarbij wordt in het bijzonder een gemotiveerd overzicht ingediend van alle afwijkingen van de in de subsidieaanvraag vermelde investeringsuitgaven.

In bijzonder gerechtvaardigde gevallen kan de Regering de termijn vermeld in het eerste lid verlengen.

Uiterlijk op 31 maart van het jaar dat volgt op het kalenderjaar waarop de subsidie betrekking heeft, bezorgt de gemeente de aanvraag om uitbetaling, samen met de documenten vermeld in het eerste lid, aan de administratie.

**Art. 15.** - De toegekende subsidies voor investeringsuitgaven voor de implementatie van het geïntegreerd energie- en klimaatplan worden jaarlijks uitbetaald naar rato van de werkelijk gemaakte kosten en op basis van de bewijsstukken van de uitgaven.

#### HOOFDSTUK 3. — Controle

**Art. 16.** - De op basis van dit besluit toegekende subsidies worden gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

#### HOOFDSTUK 4. — Gegevensbescherming

**Art. 17.** - De administratie is verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 13, § 1, 2°. Ze geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van die gegevens.

De administratie verwerkt persoonsgegevens met het oog op de toekenning van de subsidies, namelijk om te controleren of de aanvraag in overeenstemming is met de toekenningsvoorwaarden, om de subsidies toe te kennen en, in voorkomend geval, om onterecht uitbetaalde subsidies terug te vorderen.

De administratie mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van haar wettelijke, decretale of bij dit besluit bepaalde opdrachten gebruiken.

**Art. 18.** - De maximale bewaartermijn verstrijkt op 31 december van het jaar waarin de verjaring plaatsvindt van alle handelingen over de toekenning of het gebruik van de subsidies die tot de bevoegdheid van de verwerkingsverantwoordelijke vermeld in artikel 17 behoren en waarin, in voorkomend geval, alle daarmee verbonden bedragen volledig worden betaald en de daarmee verbonden procedures en administratieve of gerechtelijke beroepen over de toekenning of het gebruik van de subsidies definitief eindigen.

#### HOOFDSTUK 5. — Slotbepalingen

**Art. 19.** - Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2022.

**Art. 20.** - De minister bevoegd voor Energie wordt belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 december 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën  
O. PAASCH  
De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting  
A. ANTONIADIS